

Gerangel im Gemeinderat

Nach heftigem Gegenwind verzichteten Grüne auf Zählgemeinschaft, die ihnen wichtige Aufsichtsratsposten erhalten hätte

Von unserer Redakteurin
Iris Baars-Werner

HEILBRONN Die Grünen-Fraktion im Gemeinderat Heilbronn verzichtet auf ihr Ansinnen, mit der Bunten Liste eine Zählgemeinschaft zu bilden. Mit diesem Antrag an OB Mergel hatten die Grünen die Folgen des Fraktionswechsels von Herbert Burkhardt (ehemals SPD) und Bettina Michaelis (parteilos, früher Linke) zu den Freien Wählern abmildern wollen.

Die Machtverschiebung im Ratsgremium führt dazu, dass die Grünen einen Teil ihrer Aufsichtsratsmandate aufgeben müssen, so etwa bei der Kreissparkasse und den Salzwerken. Beide Aufsichtsposten hat bisher die Fraktionsvorsitzende und Landtagsabgeordnete Susanne Bay inne. Die Stadtratsübertritte haben dazu geführt, dass die Grünen ihre Position als drittstärkste Fraktion im Gemeinderat verlieren und

die Freien Wähler vorrücken. Mit sechs Stadträten haben die Freien Wähler Anspruch auf die wichtigen Aufsichtsratsposten. Die 18 Mitglieder des KSK-Verwaltungsrates erhielten 2015 insgesamt 162 000 Euro Entschädigung, rechnerisch im Schnitt 9000 Euro pro Kopf.

Nach Bays Ankündigung hatte die CDU als größte Ratsfraktion ihrerseits diese Woche den Freien Wählern eine Zählgemeinschaft angeboten. Fraktionschef Alexander Throm, gerade aus dem Urlaub zurückgekehrt, begründet gegenüber der *Heilbronner Stimme* dieses Angebot mit der Verärgerung darüber, „dass die Grünen sich mit dieser Trickserei ihre Pöstchen sichern wollen“. Die CDU halte Zählgemeinschaft für eine „Unart, die seit vielen Jahren in Heilbronn unüblich ist“. Bei dem „Pöstchengeschacher“ sei es den Grünen vor allem um die zwei Aufsichtsratssitze von Susanne Bay gegangen.

Susanne Bay ihrerseits weist derartige Verdächtigungen weit von sich. Die bisherigen Gremiensitze entsprächen „dem bei der Gemeinderatswahl 2014 geäußerten Wählerwillen. Um diesem Auftrag der Wähler nach dem Übertritt mehre-



Hektik herrscht dieser Tage bei den Rathaus-Fraktionen. Foto: Archiv/Sawatzki

rer Stadträte zu den Freien Wählern weiterhin zu entsprechen, haben wir eine Zählgemeinschaft mit der Bunten Liste beantragt. Damit entsprechen wir auch der guten Tradition im Gemeinderat, dass Einzelstadträtinnen in den vorberatenden Gremien vertreten sind“. Nachdem „größere Verwerfungen im Gemeinderat“ drohten, ziehe man den Antrag zurück, auch weil man das Vorgehen den Bürgern nicht mehr vermitteln könne. In den bevorstehenden Etatverhandlungen wolle man „offen und sachorientiert“ beraten, nach Konfrontationen im Gemeinderat wäre das erschwert gewesen.

Bei FDP-Fraktionschef Nico Weinmann war zuvor die Idee auf harsche Ablehnung gestoßen. Eine denkbare Variante war gewesen, dass neben CDU und FWV auch die Liberalen einer Zählgemeinschaft beitreten, um die Grünen von ihrem Vorhaben abzubringen. Weinmann begründete seine ablehnende Hal-

tung gegenüber der *Heilbronner Stimme* damit, dass er den Konsens im Ratsgremium in Gefahr sehe: „So etwas könnte die bisher geübte fraktionsübergreifende gute Zusammenarbeit gefährden“.

Gefahr Auch Oberbürgermeister Harry Mergel (SPD) hatte diese Gefahr gesehen. „Wenn man Zählgemeinschaften überstrapaziert, könnte das zu Verwerfungen in der Gemeinderatsarbeit führen“, sagte er der *Stimme*. Es sei „ein Qualitätsunterschied, ob jemand die Fraktion wechselt, oder ob man nach formellen Möglichkeiten sucht, um sich Vorteile zu verschaffen“.

FWV-Stadtrat Malte Höch nannte es „gut, dass die Grünen ihren Fehler korrigieren“. Der Wechsel eines Stadtrates zu einer anderen Fraktion sei „rechtlich legitim“, das Mittel der Zählgemeinschaft aber – so der Jurist – sei eigentlich in der Gemeindeordnung nicht vorgesehen.